

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 12

Artikel: Die Friedenssucht : die verleugnete Bergpredigt
Autor: Hürlimann, Alois
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339775>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

demonstrationen zu höchst fragwürdigen Entschlüssen führen. Der SPD-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Jürg Girgensohn, hatte die Schulleiter seines Landes aufgefordert, Namenslisten von Lehrern und Schülern anzulegen, die an der Bonner Friedensdemonstration

teilgenommen hatten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nannte diesen Erlass eine «Spitzelmethode». *Sozialdemokraten dieses Schlages dürften der Situation der achtziger Jahre kaum gewachsen sein. Höchstens als Wälerschreck.*

Alois Hürlimann

Die Friedenssucht

Die verleugnete Bergpredigt

Der katholische Feldprediger füllte die Uniform aus, der reformierte wirkte daneben ausgemergelt und dünn. Der eine predigte kurz und knapp, wies darauf hin, dass die Menschheit, wie wir alle wüssten, eben schlecht wäre und sich nicht zum Frieden eignen würde, dass es immer Kriege gegeben hätte und dass in der Bibel schliesslich «gebt dem Kaiser, was des Kaisers» stehen würde, und der andere erklärte, dass es natürlich darum ginge, und dass es bei Abwägung aller Einwände erst recht darum ginge, für den Verteidigungsfall gerüstet zu sein, das wäre, in christlichem Licht besehen, eben auch ein Liebesdienst.

Einer, ein Lehrer aus dem Tessin, wie wir wussten, fragte die beiden Offiziersprediger, ob denn nicht auch der Satz vom Hinhalten der andern Wange in der Bibel stehen würde. Ob es denn nicht christlicher wäre, Militärdienste zu verweigern und stattdessen Kranke zu pflegen, Forschung für den Frieden anstatt für die Bewaffnung durchzuführen.

Die beiden Prediger zuckten die Schultern, schauten ein wenig hilflos in die Runde der vor ihnen stehenden Soldaten und erklärten dann ziemlich unvermittelt, dass «wir» nun noch gemeinsam beten «wollten». Sie beteten dann abwechselungs-

weise Satz für Satz von einem Dank an «unsren Herrgott», der uns doch die schönste Heimat gegeben und diese erst noch seit Jahrhunderten vor Kriegen geschützt hätte, und die beiden Herren schlossen mit einem Appell, dass «wir» uns doch anständig, männlich zurückhaltend benehmen sollten und an unsere Frauen und unsere Kinder denken sollten.

Es war ein Föhntag im Oktober 1975 in Euthal am Sihlsee, die Pioniere der Funkerkompanie, der ich damals angehörte, mussten sich nachmittags um zwei Uhr diese Predigt stehend anhören. Nachher ging's wieder an jene Arbeit, die man hierzulande «WK» nennt.

Die folgende Geschichte ist andern Inhalts:

Am 10. Oktober 1981 demonstrierten in Bonn etwa 300'000 Menschen gegen die Aufrüstungspläne der NATO und gegen die geplante Stationierung von über 500 Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen in Westeuropa.

Grosses Aufsehen.

Am Vortag der Demonstration sprach der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt von «zwielichtigen Gestalten», der christliche Herr Kohl erwähnte den Antiamerikanismus, als wäre Kritik an Reagan eine Todsünde.

Am 26./27. September 1981 marschierten über 50'000 Italiener in einem Friedensmarsch nach Assisi, der Stadt des Friedenspatrons Francesco. Zum Marsch aufgerufen hatten Jungkommunisten, katholische Jugendverbände und die Gewerkschaften sowie die Mitglieder der «Pax-Christi»-Bewegung. Breschnew sandte ein Grusstelegramm, was wohl für die westlichen Machthaber Beweis genug war, die Menschen, die den langen Friedensmarsch durchführten, als «kommunistisch gelenkte» Idioten hinzustellen.

Am 24. Oktober 1981 aber demonstrierten in Rom über 300'000 Menschen gegen die NATO-Raketen und gegen die sowjetischen SS20-Raketen. Wie man lesen konnte, überwog der Protest gegen die amerikanische Waffenpräsenz im Mittelmeerraum.

Am gleichen Tag demonstrierten im Londoner Hyde-Park über 250'000 Menschen gegen die atomare Aufrüstungsiedologie. Der britische Labour-Chef Michael Foot sprach zu den Demonstranten, die an der grössten Kundgebung in Grossbritannien seit 1945 teilnahmen, und er sprach über die «Geistesgestörtheit», die offensichtlich in Washington um sich gegriffen hätte, wenn ein Reagan von der Möglichkeit eines auf Europa limitierten «kleinen» Atomkrieges spräche.

In den westeuropäischen Regierungszentralen wird solcherlei Protestanhäufung mit Stirnrunzeln verfolgt. Der US-Unterstaatssekretär für «Europa», Eagleburger seinerseits erklärte ohne diplomatische Windungen, dass «Amerika» diese Demonstrationen nicht gerne sähe und über Konsequenzen nachdenken müsste.

In hilfloser Manier lassen die Propagandisten der Militärmärkte Sätze kursieren, wonach «die Armee» oder «die

Bundeswehr» doch bloss Friedenssicherung betreiben würden oder, als Gipfel ideologischer Einfalt, dass «die Nato die grösste Friedensinitiative» der Welt sei. So wird der Umstand, dass von den 500 Milliarden US-Dollar, die 1980 für Rüstung ausgegeben wurden, auf die NATO allein 43% entfallen, flugs als Friedensarbeit gedeutet (die Zahl stammt aus dem neuesten Jahresbericht des Stockholmer Instituts für Friedensforschung SIPRI, das vom schwedischen Parlament eingerichtet ist). Immerhin steht fest, dass die von der Reagan-Regierung als Kriegstreiber hingestellten Moskauer samt ihrem Warschau-Pakt an diesem horrenden Rüstungszirkus mit 26% beteiligt sind — viel, sicher sehr viel, aber verglichen mit den NATO-Staaten eben doch bedeutend weniger.

Schliesslich die dritte Geschichte:

«Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt wurde: 'Du sollst nicht töten!'; wer aber tötet, soll dem Gericht verfallen sein! Ich aber sage euch: Wer seinem Bruder zürnt, soll dem Gericht verfallen sein...»

«Ihr habt gehört, dass gesagt wurde: 'Aug um Aug, Zahn um Zahn!' Ich aber sage euch: Ihr sollt dem Bösen nicht widerstehen, sondern wenn dich jemand auf die rechte Wange schlägt, so halte ihm auch die andere hin; wenn jemand einen Rechtsstreit mit dir führt und dir den Rock nehmen will, so lass ihm auch den Mantel; wenn dich jemand zu einer Meile des Weges nötigen will, so gehe zwei mit ihm; wer dich bittet, dem gib; und wer von dir borgen will, den weise nicht ab. Ihr habt gehört, dass gesagt wurde: 'Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen!' Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde und betet für eure Verfolger...» (Aus der «Bergpredigt» des Jesus von Nazareth

nach dem Evangelium des Matthäus).

Die Widersprüchlichkeit christlicher Verkündigung und tatsächlichen (offiziellen) christlichen Verhaltens in der Friedensfrage — und nicht bloss da — korrespondiert mit derselben Widersprüchlichkeit in den Programmen des (offiziellen) Sozialismus und dem tatsächlichen Verhalten sozialistischer Regierungen — und dies auch nicht bloss in dieser Frage. Selbstverständlich ist man «für Frieden».

Aber François Mitterand spricht von der Position der Stärke, von der aus man mit den Sowjets erst verhandeln könne, als wäre er der Rockzippelsäugling des Herrn Reagan. Helmut Schmidt ist der eigentliche Erfinder der Nachrüstungsdebatte, und es scheint, dass er der Zauberlehrling geworden ist, dem die Entwicklung über den Kopf hinauswächst, denn er rechnete seinerzeit natürlich nicht mit dem Reagan-Regime, das «wichtigere Dinge als den Frieden» (Haig) kennt.

Während die holländischen Sozialisten gegen jede Stationierungsabsichten von atomaren Flugkörpern jeglicher Art und gegen die Stationierung oder gar den Bau von Neutronenbomben eindeutig Stellung beziehen, sagt der christdemokratische holländische Ministerpräsident dazu «im Prinzip» ja, weil er den «Freund Helmut Schmidt» doch nicht alleine stehen lassen könne.

Während der Papst bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Erhaltung des Weltfriedens und für Abrüstung, sehr deutlich auch gegen die US-Anstrengung zur weiteren Aufrüstung, Stellung nimmt, lassen die italienischen Christdemokraten im Verbund mit den italienischen Sozialisten in Sizilien die ersten Abschussbasen für Mittelstreckenraketen der Amerikaner bauen.

Ohne Übertreibung lässt sich festhalten, dass Christen und Sozialisten, die an der politischen Macht teilhaben, ihre Grundsätze schnell vergessen und sich machtkonform zu verhalten beginnen: Sie machen den Kotau vor dem Greisenregiment in Washington, sie speien den Kalten Krieg über ihre Lippen, sie entdecken plötzlich bei aller «Gemeinsamkeit der Demokraten» wieder einmal die «rote Gefahr» oder dergleichen Ausreden mehr.

Zugegeben:

Die Rede um den Frieden ist etwas plötzlich aufgetaucht. Es gibt noch keine Sprachregelungen, wie dem Drängen unzähliger Protestanten gegen Rüstung «vernünftig» oder «realistischerweise» begegnet werden soll. Das Aufbrechen des Tabus Atomkrieg hat eine wesentliche Quelle: die Wahl des Herrn Reagan zum amerikanischen Präsidenten, das Entsetzen darüber, das Entsetzen, dass eine Nation einen solch abgetackelten Reklamehelden zu ihrem Führer ausgewählt hat. Denn Herr Reagan meint auch, was er sagt. Er denkt vermutlich nicht weit und schon gar nicht tief, aber er hat eine Meinung: Was uns, den Amerikanern nützt, ist gut, was uns schadet, das rottet wir aus!

Für viele differenziert denkende und handelnde Menschen im Westen ist es eine Qual, zusehen zu müssen, mit welch unterwürfiger Haltung Schmidt, Genscher, Mitterand, Thatcher und wie sie alle heißen, dem selbsternannten «neuen Führer» in Washington huldigen und dessen naive Weltschau übernehmen, wenigstens nach aussen hin, also offiziell. Herr Reagan verkündet, dass ein Atomkrieg, wenn man sich vorher nur genügend aufgerüstet hätte, durchaus gewonnen werden könnte. Er *glaubt* dies, und im Gefolge dieses Glaubens soll der Westen also Hunderte von

Milliarden Dollar aufwenden, um einen endgültigen Abrechnungskrieg mit der Sowjetunion dann eines Tages zu seinen Gunsten entscheiden zu können. Er unterstellt *zweierlei*:

1. Ein Atomkrieg lässt sich lokalisieren. Da die Sowjetunion nun einmal an Westeuropa grenzt, wird der zukünftige Endsiegkrieg halt in Gottes Namen in Europa ausgetragen werden. Reagan führte diese Annahme in einem Pressegespräch am 16. Oktober 1981 aus, indem er von der Möglichkeit eines «*limitierten*» Atomkrieges sprach, auch andere US-Größen haben sich entsprechend geäussert.

2. Die US-Strategen unterstellen der Sowjetunion dieselben Ansichten, denselben Glaubensgehalt, von dem sie ausgehen. Sie behaupten, die Sowjetunion strebe nach der Weltherrschaft. Die amerikanische Götterdämmerung geht soweit, dass in aller Offenheit ein Endsieg des einen oder des andern als die natürlichste Sache der Welt hingestellt wird.

Diese beiden reaganschen Glaubensartikel fordern die europäische Öffentlichkeit zum Widerspruch auf. In der Verantwortung steht da nicht bloss ein sektiererisches Grüppchen, sondern, was in der Folge genauer dargestellt werden soll, eine Verbindung von Christen, Sozialisten und «Grünen».

Hoffnung auf alltägliches sinnvolles Leben hat sich seit Aufgabe des Kalten Krieges Ende der Sechzigerjahre herausgebildet. Von den geschlossenen Gesellschaften (man erinnere sich an Erhards «formierte Gesellschaft»!), die dem «Aufbau» verschworen waren, die «Fortschritt» als Anhäufung materiellen Besitzes beim Individuum verstanden, haben sich immer mehr Menschen abgesetzt. Menschen, die sich nicht scheu-

en, die «Errungenschaften» der zentralistisch organisierten westlichen Gesellschaften (und von diesen muss hier die Rede sein) in Frage zu stellen. Zahlreiche Krisen sind und waren die Folge. Unsicherheit über «die Jugend» oder über «den Staat», über «das Recht» und so fort beleuchten den offenbaren Zerfall von sogenannten Gemeinsamkeiten.

Ähnlich wie die kleinen Gemeinden von Urchristen im römischen Reich wirken heute Hausbesetzer in den westlichen Metropolen oder eben Abrüstungsdemonstranten verunsichernd, da sie eingeübtem gesellschaftlichem Ritual entgegentreten. Pazifisten gab es vermutlich immer, wo Krieg als Mittel der Machtentfaltung oder der Machtergreifung galt. Man nahm sie kaum einmal ernst. Heute erhalten pazifistische Bestrebungen nicht zuletzt dank medialer Verbreitungsmöglichkeiten eine Größenordnung, die dem westlichen Wertedreigestirn, bestehend aus *individuellem Besitz*, mehr oder weniger *demokratisch organisierten Staaten* und der sogenannten *Freizügigkeit* (die auch *Freiheit* genannt wird) für Handel, Touristik, Produktion und Konsum ernsthafte Konkurrenz machen kann.

Allerdings ist der Pazifismus keine einheitliche Lehre. Immerhin drücken sich Friedenssehnsüchte nicht bloss mit der Vokabel von «ohne mich» aus. Katholische Missionare oder Arbeiterpriester in Lateiname-rika sind gegen militärische Rüstung, weil sie wissen, dass der *Rüstungskomplex* Billionen von Dollar der Armutsbekämpfung entzieht.

Sozialistische Ökonomen sehen sich zum Pazifismus hingezogen, weil sie nachweisen können, dass der Rüstungskomplex nicht zuletzt die absolut ungerechte Struktur sowohl der einzelnen Binnenwirtschaften wie

auch des «Welthandels» zementieren hilft.

Viele Menschen aber drückt erst einmal die Vorstellung, die Fritz J. Raddatz in «Die Zeit» vom 9. Oktober 1981 formuliert hat: «Haben wir denn vergessen, was hinter uns liegt? Die Leiber, das Elend, die Mütter ohne Fassung und die Frauen ohne Männer? Haben wir das alles aufgespult und weggelegt wie den Ferienfilm aus Mallorca oder die Beatles-Kassette? Riecht denn niemand mehr — diese von heissem Eisen bittere Luft, diesen süßlichen Gestank, hervorquellend aus Schutt und Mörtel und Asche? Hört das niemand mehr — das Schreien der Zwanzigjährigen ohne Beine, das Wimmern der Frauen mit dem erfrorenen Kind auf dem Arm! Sieht das denn niemand mehr — den Arm ohne Menschen dran unter den Trümmern von Dresden, den Elendstreck von Millionen quer durch Europa? Sind denn unsere Tiefkühltruhen für das Gedächtnis unserer Seelen gebaut und das Wort Klarsicht reserviert für die Verpackung von Hühnerbrüsten? Ich weiss — man wird sagen: emotional, irrational, unreal; unsere Politiker können ja so gut Latein. Und wenn eben noch das Wort Sympathisant — kommt es nicht von *mitleiden*? — das Schimpfwort der Saison war, dann ist es jetzt der Pazifist. Diese Denunziation hat für mich dieselbe Überzeugungskraft, mit der vor allem jene Leute zum Gürtel-enger-Schnallen aufrufen, um deren wohlbelebt-pensionsberechtigte Bäuche nun aber auch gar kein Gürtel mehr passt. Warum sollen wir eigentlich den Herren mit den prall gefüllten Hosenträgern glauben? Die Kohlenklau-Rufer sassen auch immer schön warm.» (Fritz J. Raddatz: Warum ich Pazifist bin). Nun lesen wir im Gefolge der Bonner Friedensdemonstration

vom 10. Oktober 1981, dass sich Kohl, der CDU-Vorsitzende und Geissler, der CDU-Generalsekretär in die Haare geraten seien. «Der Volksfront-Vorwurf, den die CDU-Spitze gegen einen Teil der Bonner Friedensdemonstranten vom 10. Oktober gerichtet hatte, müsse 'vom Tisch', verlangte Wissmann. Der niedersächsische JU-Landesvorsitzende Hartmann Büttner klagte über die 'Peinlichkeit', dass Unionspolitiker 'beim Blick auf die Neutronenbombe feuchte Augen bekommen, als hätten sie das Christkind gesehen'» (SPIEGEL Nr. 44, 26. Oktober 1981, S. 25).

Wir wissen, dass es bei diesen Querelen eigentlich bloss um das «*Image*» geht. Wie stehe denn die CDU vor den Jungwählern da! Es geht denen, die sich so gerne christlich nennen, die bei jeder Gelegenheit «Gewalt» am Werke sehen und «mutig» dagegen polemisieren, es geht diesen Christenbrüdern ja nicht darum, abzurüsten. «Gewalt» wird diesen Herren noch nicht von Militärmaschinen erzeugt, die Gewalt ist viel eher «terroristisch», ist «klassenkämpferisch» und daher gerade mit Hilfe der Militärmacht in Schranken zu halten. Es geht ihnen um die eigene Macht, darum, ihre «Freiheit» zu diktieren, Andersdenkende mit Hass zu verfolgen (man erinnere sich an den Wahlkampf zum deutschen Bundestag von 1972, wie Brandt verleumdet wurde, wie die alten Nazis Geld locker gemacht hatten, um diesen «Verräter Frahm» zu erledigen), es geht ihnen darum, die ökonomischen Machtverhältnisse ein für allemal zu befestigen. Wenn sie irgendwo politische Macht ausüben, beschränken sie Freiheit immer mit hurtigem Eifer, ausser natürlich *die Freiheit des Investors, demokratisch gewählte Regierungen zu stürzen.*

Frieden dient ihnen als Propagandamittel, mehr nicht. Denken können sie allenfalls in der Kategorie «Nützlichkeit». Der Jesus von Nazareth ist für Weihnachten vorgesehen und vielleicht noch für beschauliche Stunden am heimischen Herd. Friede auf Erden!

Aber doch sicherer mit dem Feindbild vor Augen, an das sie sich in den letzten hundert Jahren gewöhnt haben: Kommunisten. Notfalls die Sozialisten. Und sie schreien vor Wahlen: Freiheit oder Sozialismus! Nein, *diese* Christen sind nicht gemeint, wenn Sozialismus und Christentum dem Jesus gemeinsam zuhören, der den tatsächlich revolutionären Frieden, nicht jenen billigen Hinweis auf ein «gerechtes Jenseits», sondern das sowenig marktwirtschaftliche Verhalten des Hinhaltens der andern Wange als *gerecht* erklärt hat.

Dieser Friede besteht aus einer Vorgabe an Verzicht. Nicht Sieg oder Niederlage ist gerechtfertigte Begründung eines Kampfes um eine Ideologie, sondern, wie Max Frisch es in seiner Frankfurter Friedenspreisrede 1976 ausdrückte: eine Gesellschaft ohne Feindbilder. Der sozialistische Klassenkampfbegriff geht leider häufig vom einfachgestrickten Feindbild aus und *vergissst dann prompt den Kampf um die Gerechtigkeit*. Nicht Hass, sondern die Fähigkeit zur Auseinandersetzung muss Erziehungsgrundlage sowohl für das christliche wie für das sozialistische Menschenbild sein. Was uns die selbsternannten sozialistischen und christlichen Politführer in Westeuropa vormachen, ist allerdings nicht die Fähigkeit, sich für Frieden einzusetzen, vielmehr kriegt zum Beispiel der Herr Kohl eine sabbernde Untertanenhaltung hin, wenn er von der deutschen «Bündnistreue» zu reden beginnt. Bündnistreue mit einem

Reagan verlangt Glauben. Verlangt sind Unterordnung und jener fatale Gehorsam, den man «blind» nennt.

Herr Kohl verlangte denn von der westdeutschen Regierung auch die sofortige Veröffentlichung der «Dokumentation» über die sowjetische Rüstungsanstrengung, die das Pentagon kürzlich veröffentlicht hatte, in der nach Auskunft vieler ungebundener Journalisten und Forsscher aber schlicht und einfach die westlichen, vor allem die US-Vergleichszahlen gefehlt hätten. Das freiwillige Kriechen auf den US-Propagandaleim ist keine Empfehlung für Friedensarbeit. Immerhin sehen die Zahlen von 1980 laut SIPRI folgenderweise aus:

Von den 500 Milliarden Dollar Militärrüstungsausgaben auf der gesamten Welt sind
— 43% (USA alleine 24%) von den NATO-Staaten,
— 26% von den Warschauer Paktstaaten,
— 16% von allen Ländern der Dritten Welt und
— 9% von den Chinesen aufgebracht worden.

Diese Zahlen stammen wohlverstanden noch aus der Zeit der Carter Regierung. Für das Jahr 1981 und die folgenden werden die westlichen Rüstungsausgaben wohl um über 10% steigen.

«Nur: die Rüstung ist da, die den Nachbarn enerviert und sein Feindbild bestätigt, und damit das Wettrüsten, wobei jedes Feindbild immer auch das eigene Wesen verrät: wie soll denn ein Erpresser von Geblüt je zu dem Vertrauen gelangen, der andere sinne nicht auf Erpressung? Was in diesem Teufelskreis die wissenschaftliche Friedensforschung leistet: sie kalkuliert das Risiko solcher Terrorpolitik; unterrichtet über technologische Innovationen, die eine Revision der Strategie verlangen; errechnet die im Augenblick reale Chance für den

Nicht-Krieg zwischen friedensunfähigen Gesellschaften, ohne allerdings eine Garantie geben zu können, dass es nicht aus irgendeinem unerforschten Grund oder auch nur durch eine plötzliche Vernunftschwäche auf der gegnerischen Seite, eine Stupidität der gegnerischen Kalkulation) trotzdem losgeht, morgen oder übermorgen. Eine friedensfähige Gesellschaft wäre eine Gesellschaft, die ohne Feindbilder auskommt. Es gibt Phasen, wo wir nicht ohne Auseinandersetzung auskommen, nicht ohne Zorn, aber ohne Hass, ohne Feindbild: wenn wir (einfach gesprochen) glücklich sind oder zumindest lebendig — zum Beispiel durch eine Art Arbeit, die nicht nur Lohn einbringt, sondern Befriedigung (die nichtentfremdete Arbeit), und durch eine Art Zusammenleben von Menschen, das Selbstverwirklichung zulässt.» (Max Frisch, Wir hoffen. Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, Frankfurt am Main 19. September 1976) Schliesslich Friedenssehnsucht. Vordergründig geht es dabei offenbar, hört man etwa Herrn Schmidt zu oder auch Herrn Haig, um hochgeschaukelte Emotionen. Demgegenüber stünde die Rationalität, die dringend notwendig sei, um der Problematik der Rüstung, der Überrüstung, der Machtblöcke gerecht zu werden. Zusammenhänge werden von den Taktikern und Strategen kaum genannt. Sie gehen von Tatsachen aus, die sich empirisch genau erfassen lassen, notfalls hochrechnen lassen, im äussersten Fall schätzen lassen. Nur: Davor hört unsereiner nichts. Die angebliche Rationalität hat bisher zwar den Atomkrieg verhindert, aber all die unzähligen Stellvertreterkriege, die imperialistischen Muskelspiele in Vietnam, in Lateinamerika, in Angola, in Afghanistan, im



Taubenplage

Aus «Frankfurter Rundschau»

Iran und so weiter, all diese Präsenzzeichensetzung weltmächtiger Militärkolosse hat eben stattgefunden, findet ohne Unterlass statt.

Friedenssehnsucht besitzt also durchaus Grundlagen, die mit Betroffenheit, mit Solidarität umschrieben werden können. Das kaltschnäuzige Getue über angebliche «Sicherheit», die irgendwelche Militärblöcke garantieren würden, reicht nicht einmal zur internen Glaubwürdigkeit, intern verstanden als Ort der Machtzentralen.

Der neue Pazifismus drückt aus: Wir wollen einfach nicht mehr. Wir glauben euch einfach nicht mehr.

Eure Statistiken drücken zwar den Schrecken aus, aber diesen Schrecken habt ihr selbst produziert.

Ihr habt vorgegeben, dass die Menschheit vor Kriegen zu retten sei, wenn sie sich bloss bis unter die Zähne bewaffne.

Kaum ist einer unter euch getreten, der zudem noch vorgibt, dass «man», wenn man bloss wolle, einen Krieg mit der absoluten Zerstörungsgewalt auch gewinnen könne, wenn «man» genügend gerüstet sei, macht ihr Bücklinge, definiert ihr euer

Schreckpotential geschwinde um und entdeckt ihr die Gefahr des «Weltkommunismus».

Dies, meine ich, erklärt genügend den Aufbruch der Hunderttausenden von Friedensmarschierern. Die Hoffnung, dass vielleicht diese oder jene Regierungsmacht wirkliche Vernunft einkehren lassen würde, besteht. Denn sie ist der Hintergrund für die Öffnung und die Demonstrationen:

Am Grunde der Moldau
wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser
begraben in Prag
Das Grosse bleibt gross nicht
und klein nicht das Kleine
Die Nacht hat zwölf Stunden
dann kommt schon der Tag.

Der dies geschrieben hat, Bertolt Brecht, antwortete auf die Frage, welches für ihn das wichtigste Buch der Welt sei: «Die Bibel».

Im übrigen sei daran erinnert, dass viele Dichter den Krieg besungen haben, dass viele Lieder den Schrecken des Todes in die Weihe des Patriotismus verfälscht haben, dass aber ebenso viele Dichter ihren Lesern die Worte gegeben haben, die Hilfe für Denken und Lieben, für

Hoffen und Bangen auszudrücken vermögen, und daran ist immerhin niemand zugrunde gegangen.

Hoffnung und Utopie:

Die beiden Herren treten vor, entschuldigen sich dafür, dass sie überhaupt vorsprechen würden, erklären sich ausserstande, uns irgend eine Predigt zu halten, als dass sie uns nur zusprechen möchten, Hoffnung zu leben und sie auszudrücken: wir sollten doch unsere Waffen hingehen und ruhig nach Hause gehen, zur Arbeit, zur Familie, wir sollten uns nicht scheuen, unsere Liebe auszudrücken, denn dies wäre der wirkliche Ausdruck der Solidarität. Sie würden mit uns gehen, möch-

ten uns aber bitten, ihre Einladung nicht falsch zu verstehen, sie wären nicht gegen diese Gesellschaft eingestellt, im Gegenteil, aber sie würden ihre Verpflichtung spüren, Hoffnung wirklich auszudrücken, wie sie es eben getan hätten.

Einige treten vor, legen ihre Sturmgewehre hin.

Andere murren.

Ein Hauptmann schreit, wo denn da die Disziplin bleibe und er befehle uns, sofort in Reih und Glied zu treten.

Die Einheit aber ist dahin, es gibt erregte Diskussionen, und niemand bewegt sich auf die Befehle der Offiziere hin zur Arbeit, die man hierzulande «WK» nennt.

das war nicht meine Argumentationslinie. Dieser Unterschied ist mir wichtig!

Nach den eher gehässigen Artikeln von Andreas Gross, Peter Sträuli und François Masnata stelle ich fest, *dass auf diese drei Rückfragen keine Antworten vorliegen*. Viele wichtige Bemerkungen wurden hinzugefügt. Einige Belehrungen nehmen ich durchaus zur Kenntnis; z.B. die, dass François Masnata mit der Groupe d'Yverdon nicht gleichzusetzen ist. Aber Antworten auf die gestellten Fragen oder gar weiterführende Überlegungen blieben bis jetzt aus.

Wie kann und soll die Partei verändert werden? Wie können Stagnation und Blockierung überwunden werden? Wie können alternative basisdemokratische Formen in der Partei Fuss fassen? Die Frage nach der Öffnung der Parteiarbeit für neue, alternative Formen politischen Handelns wurden zwar als Frage bestätigt, aber sie steht immer noch unbeantwortet im Raum! Dies ist für mich die wichtigste vorläufige Feststellung nach der bisherigen Diskussion, die hoffentlich *nur eine Zwischenetappe* ist.

Kein Diskussionschluss

Weil bisher die Antworten ausblieben, verzichte ich auf das angeforderte Schlusswort zur Debatte. Vielmehr möchte ich selber mit einigen Antworten, nicht mit *der Antwort*, die Diskussion weiterführen.

Der *Ausgangspunkt* ist der desolate Zustand der SP, was die *Werbung* und *Mobilisierung* betrifft. Als politisches Meinungs- und Willensbildungsorgan ist die Sozialdemokratie von ausserparteilichen Entwicklungen längst überholt. Wir alle stellen — schmerzlich oder befriedigt, je nach politischem Standort — fest, dass die Politisierung heute ausserhalb

Rudolf H. Strahm

Wie diese Partei verändern?

SPS-Zentralsekretär Rudolf H. Strahm hat sich in der *Roten Revue* 7/8, 1981 mit dem Buch «Mut zum Handeln» von François Masnata auseinander gesetzt. Dieser Artikel hatte die heftige Reaktionen von Juso-Präsident Gross, vom Autor Masnata selber und von Parteimitglied Peter Sträuli zur Folge. Im folgenden Artikel nimmt Strahm die Diskussion wieder auf und führt sie weiter.

Hauptsächlich drei kritische Anfragen habe ich gegenüber François Masnatas Buch geäusserst:

1. Masnatas Politik erschöpfe sich in der zermürbenden und im Endeffekt lähmenden *innerparteilichen* Auseinandersetzung, er fixiere die Kräfte aufs «Anti» statt aufs Alternative.

2. Masnata unterlasse es, eine Theorie und die Möglichkeiten der politischen Mobilisierung aufzuzeigen. Seine Rezepte für die Veränderung der Partei blieben im Abstrakten hängen.

3. Masnata huldige mit seiner Fixierung auf programmatische Linienklärungen einem Pro-

grammfetischismus und erliege der Illusion, dass mit dem Durchdrücken eines neuen Programms Menschen verändert oder eine klare SP-Linie erzielt werden könnten.

Ich habe in meiner Kritik bedauert, dass die bedrängenden Zeitprobleme, wie sie etwa von Erhard Eppler, André Gorz, Johano Strasser und dem NAWU-Bericht formuliert worden sind, bei ihm fehlen. Ich habe meinen Artikel mit dem zusammenfassenden Titel versehen: *Zuviel Anti zuwenig Anders*. In der *Roten Revue* ist er dann unter dem Titel «Zuviel Theorie – zuwenig Praxis» abgedruckt worden; aber gerade